

Politische Rahmenbedingungen (eInclusion, eGovernment, auf regionaler, nationaler, europäischer Ebene)

Hausarbeit zum Forschungsseminar
„Mensch-Maschine-Interaktion:
Zielgruppenorientierte Benutzerschnittstellen
(Paidoinformatik, Gerontoinformatik)“

Walter Kern
06.03.2008

Gliederung

1	<u>EINLEITUNG</u>	1
1.1	eGOVERNMENT	1
1.2	eINCLUSION	3
2	<u>IMPLEMENTIERUNG VON EGOVERNMENT</u>	4
2.1	eGOVERNMENT AUF EUROPÄISCHER EBENE	4
2.1.1	R4eGov	4
2.1.2	E-BETEILIGUNG (ePARTICIPATION): ARBEITSPROGRAMM 2007	5
2.1.3	LEX-IS	6
2.1.4	eJUSTICE	6
2.1.5	eGOVERNMENT RTD 2020	7
2.2	eGOVERNMENT AUF NATIONALER EBENE	8
2.2.1	DEUTSCHLAND-ONLINE	8
2.2.2	BUNDONLINE 2005	9
2.2.3	E-GOVERNMENT 2.0	10
2.2.4	SAGA	10
2.2.5	DOMEA	11
2.3	eGOVERNMENT AUF REGIONALER EBENE	11
2.3.1	eGOVERNMENT-KONZEPT	12
2.3.2	VERWALTUNG 21	13
2.3.3	WEITERE RELEVANTE PROJEKTE	13
3	<u>IMPLEMENTIERUNG VON EINCLUSION</u>	14
3.1	eINCLUSION AUF EUROPÄISCHER EBENE	14
3.1.1	eEUROPE 2002 AKTIONSPLAN	14
3.1.2	eEUROPE 2005 AKTIONSPLAN	15
3.1.3	i2010	15
3.1.4	eINCLUSION@EU	16
3.2	eINCLUSION AUF NATIONALER EBENE	18
3.2.1	BUNDESBEHINDERTENGLEICHSTELLUNGSGESETZ (BGG)	18
3.2.2	BITV (BARRIEREFREIE INFORMATIONSTECHNIK-VERORDNUNG)	18
3.3	eINCLUSION AUF REGIONALER EBENE	19
3.3.1	UMSETZUNG VON BUNDESGESETZEN UND BUNDESVERORDNUNGEN	19
3.3.2	BAYLERN	19
4	<u>ZUSAMMENFASSUNG</u>	20
	<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	21

1 Einleitung

Die Zielsetzung dieser Arbeit besteht darin, die Implementierung von eGovernment und eInclusion auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene in Form von Initiativen, Gesetzen und Verordnungen zu untersuchen.

Aufgrund der Weitläufigkeit der Themengebiete eGovernment und eInclusion sowie des vorgesehenen Rahmens dieser Arbeit soll auf nationaler Ebene eine Beschränkung auf Deutschland und auf regionaler Ebene eine Beschränkung auf Bayern vorgenommen werden.

Um eine Basis für das Verständnis der in dieser Arbeit erörterten Punkte zu schaffen, erfolgt zunächst ein Überblick sowie eine Definition der zentralen Begriffe eInclusion und eGovernment.

1.1 eGovernment

Definition

Zu dem Begriff Electronic Government, eGovernment oder auch E-Government, welcher frei übersetzt als „Elektronische Regierung“ bezeichnet werden könnte, existieren resultierend aus den unterschiedlichen Sichtweisen und der zugrunde liegenden Interdisziplinarität der Thematik verschiedene Definitionen.

Unabhängig von implementierungstechnischen und prozessspezifischen Aspekten lautet eine gängige Definition von Schedler:

„Electronic Government ist eine Organisationsform des Staates, welche die Interaktionen und Wechselbeziehungen zwischen dem Staat und den Bürgern, privaten Unternehmungen, Kunden und öffentlichen Institutionen durch den Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) integriert.“
(Schedler, 2000: 35)

Damit wird also eine staatliche Organisationsform, die jegliche IT-gestützte Kommunikation zwischen dem Staat und weiteren Kommunikationspartnern integriert, beschrieben.

Gisler und Spahni (vgl. Gisler/Spahni (Hg.), 2001: 16) verfeinern diese Definition dahingehend, dass sie eine Untergliederung in

- regulierendes eGovernment¹, welches die Formung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft repräsentiert,
- und in partizipierendes eGovernment, dass die IKT²-Nutzung durch die öffentliche Hand beschreibt, vornehmen.

In Deutschland wird auf staatlicher Seite oftmals der Speyerer Definition von Electronic Government³ der Vorzug gegeben, welche Electronic Government als „die

¹ Beispielsweise Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, Subventionen und Förderungen.

² IKT = Informations- und Kommunikationstechnologie.

Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (Government) mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien“ darstellt (Reinermann/Lucke, 2000: 1).

Hier ist ein Unterschied zu den Definitionen nach Schedler (vgl. Schedler, 2000: 35) sowie Gisler und Spahni (vgl. Gisler/Spahni (Hg.), 2001: 16) festzustellen, da die Speyerer Definition lediglich die Abbildung von Geschäftsprozessen mit Mitteln der IKT im Regierungsumfeld abdeckt, aber den Aspekt der eigenen Organisationsform und der damit verbundenen Änderungen und Optimierungen der Verwaltungsprozesse selbst primär außer Acht lässt.

Bestandteile von eGovernment

Grundsätzlich wird im eGovernment zwischen verschiedenen Interaktionsebenen unterschieden, nämlich zwischen

- der Information und damit der Zur-Verfügungstellung von Informationen (z.B. Gesetzestexte online⁴, Newsletter der Bayerischen Staatskanzlei),
- der Kommunikation, welche den Datenaustausch und den interaktiven Informationsabruf bezeichnet (z.B. Bereitstellung von Formblättern, elektronische Feedbackmöglichkeit an Regierung),
- der Transaktion, worunter man die Abwicklung von Dienstleistungen versteht (z.B. ePayment⁵, eProcurement⁶),
- sowie der Integration, welche die Kombination verschiedener IT-Ressourcen anspricht (z.B. Benutzung von Daten eines Reisekostensystems durch ein Zeitmanagementsystem über einen ESB⁷).

Neben der Betrachtung auf Basis von Interaktionsebenen, lässt sich auch eine Schnittfeldbetrachtung zwischen sektoralen Anwendungen und Forschungsdisziplinen von eGovernment vornehmen. Nach Wimmer (2006: 8) kann unter Anderem eine Unterteilung in die Forschungsbereiche

- eDemocracy⁸ mit den sektoralen Anwendungen eConclusion, eVoting, eCouncil,
- eAdministration⁹ mit den sektoralen Applikationen eProcurement, eServices und
- eJustice¹⁰ mit den sektoralen Anwendungen eLaws und eJurisdiction durchgeführt werden.

³ Entstand am Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung Speyer.

⁴ Im Internet: <http://bundesrecht.juris.de/>.

⁵ Verfahren, die eine elektronische Abwicklung des Zahlungsverkehrs ermöglichen.

⁶ Elektronische Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen über das Internet.

⁷ ESB = Enterprise Service Bus; Konstrukt zum definierten Datenaustausch im Rahmen einer serviceorientierten Architektur (SOA).

⁸ eDemocracy bezeichnet zum einen die Optimierung von Kommunikations- und Informationsprozessen zwischen Institutionen der Legislative durch IKT und zum anderen die Beteiligung von Bürgern an der Gesetzgebung durch Mittel der IKT.

⁹ eAdministration beschreibt die Simplifizierung und Durchführung von Prozessen zum Zwecke der Information und Kommunikation zwischen der Exekutive und anderen staatlichen Institutionen, Unternehmen und Bürgern.

¹⁰ eJustice ist ein Überbegriff für die Optimierung von Kommunikations- und Informationsprozessen zwischen Institutionen der Jurisdiktion untereinander und mit Dritten wie Bürgern durch Mittel der IKT.

Diese Unterteilung scheint jedoch bei Übertragung von Erkenntnissen aus der modernen Software- und Systemarchitektur weniger sinnvoll als die Interaktionsebenenbetrachtung, da bei einer Projektumsetzungsvorgehensweise nach diesem Modell die Gefahr besteht, dass jedes Projekt für sich durchgeführt wird, wodurch das Potential für symbiotische Multiplikatoren nicht genutzt wird. Konkret bedeutet dies, dass keine einfach wiederverwendbaren Erkenntnisse aus Projekten entstehen, die wiederum als Basis für weitere Projekte dienen könnten. Beim Interaktionsebenenmodell bestände hingegen die Möglichkeit, aufgrund der steigenden funktionalen Komplexität von Information über Kommunikation bis Transaktion ein konzeptionelles Vorgehen zu realisieren, bei welchem Erkenntnisse der Interaktionsebene Information die Basis für Untersuchungen in der Interaktionsebene Kommunikation und diese wiederum die Grundlage für die Transaktionsebene bilden

1.2 eInclusion

Definition

Der Begriff eInclusion, der frei als elektronische Integration, auch eIntegration, übersetzt werden könnte, wird innerhalb der Europäischen Union dazu verwendet, sämtliche Tätigkeiten zu beschreiben, die das Ziel der Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen der Informationsgesellschaft besitzen.

Nach der Deklaration von Riga (vgl. Ministerkonferenz "IKT für eine integrative Gesellschaft" (Hg.), 2006), die im Rahmen der Ministerkonferenz "IKT für eine integrative Gesellschaft" entstanden ist, umfasst eInclusion sowohl integrative IKT, als auch IKT zur Erreichung übergeordneter Integrationsziele.

Die sogenannte eIntegrationspolitik verfolgt dabei die Zielsetzung, Lücken in der IKT-Nutzung¹¹ zu minimieren und darüber hinaus IKT zur Verbesserung der ökonomischen als auch der gesellschaftlichen und sozialen Lebensqualität und Teilhabe einzusetzen. Darüber hinaus besagt ebd., dass die Verbesserung des IKT-Zugangs für behinderte und ältere Menschen von wesentlicher Bedeutung ist.

Nach der Europäischen Kommission (Hg.) (2007a: 4) ist unter eInclusion zum Einen die Verhinderung von digitaler Exklusion und damit die Verhinderung des Zurückbleibens behinderter oder anderweitig benachteiligter Menschen im Hinblick auf die Nutzung digitaler Medien, resultierend aus einem Mangel an IKT-Fähigkeiten und Kenntnissen sowie technischen oder wirtschaftlichen Internetzugangsbarrieren gemeint. Auf der anderen Seite ist unter eInclusion nach dieser Definition auch die Verbesserung der digitalen Inklusion durch die Ausnutzung neuer Möglichkeiten der digitalen Welt, unter Anderem die elektronische Verbreitung und Zirkulation von Informationen, zu verstehen.

¹¹ Es erfolgt eine Internetnutzung durch 10% der Menschen über 65 Jahre, 24% der Menschen mit geringer Bildung und 32% der arbeitslosen Menschen (vgl. Ministerkonferenz "IKT für eine integrative Gesellschaft" (Hg.), 2006).

Bestandteile von eInclusion

Die Teilhabe an der Informationsgesellschaft soll im Besonderen Menschen ermöglicht werden, bei denen beispielsweise eine Benachteiligung aufgrund eines oder mehrerer der folgenden Aspekte vorliegt (vgl. ebd.: 3):

- Alter (eAgeing¹²)
- Geschlecht
- Bildung (eCompetences¹³)
- Behinderungen (eAccessibility¹⁴)
- Ethnische Herkunft

eInclusion auf politischer Ebene, deckt dabei global primär

- die Entwicklung von Richtlinien,
- die Sammlung und Propagierung von Best Practices,
- sowie die Forschung und Entwicklung im Kontext der Ermöglichung einer Teilhabe aller Menschen in der Informationsgesellschaft ab.

2 Implementierung von eGovernment

2.1 eGovernment auf europäischer Ebene

Im Bereich eGovernment existieren auf europäischer Ebene eine Vielzahl von Initiativen und Projekten. Da eine Untersuchung aller Projekte den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen würde, erfolgt eine Beschränkung auf aktuell laufende bzw. bedeutende Initiativen.

Wenngleich Themen wie Barrierefreiheit auch zu eGovernment gezählt werden können, werden diese im Rahmen dieser Arbeit unter dem Punkt eInclusion behandelt, da diese nach Meinung des Erstellers dieser Arbeit von der Zielsetzung sinngemäß dort anzusiedeln sind. Eine eindeutige Zuordnung lässt sich jedoch aufgrund des großen Schnittfeldes zwischen eGovernment und eInclusion generell nicht vornehmen

2.1.1 R4eGov

R4eGov¹⁵, gesprochen Research for eGovernment, ist ein von der Europäischen Kommission am 1. März 2006 gestartetes und für 3 Jahre kofinanziertes Forschungsprojekt, welches sich der Thematik der Kollaboration verschiedener Partner durch Interoperabilität und ohne Anpassungserfordernisse der originären Partnersysteme widmet und damit in der Domäne eAdministration anzusiedeln ist.

¹² Behandelt die Thematik der Nutzung von IKT-Diensten und –Systemen durch alternde Anwender sowie die sich daraus ergebenden Implikationen und nötigen Handlungsweisen, um einen Ausschluss dieses Personenkreises von den bereitgestellten IKT-Diensten abzuwenden.

¹³ Beschreibt das Vorhandensein des nötigen Wissens und entsprechender Fähigkeiten, die für eine Wissensvermittlung im Rahmen einer integrativen Informationsgesellschaft erforderlich sind.

¹⁴ Entspricht dem Begriff Barrierefreiheit und damit der IKT-basierten Zur-Verfügungstellung von Informationen und Systemen auf eine Art und Weise, sodass Personen mit mentalen oder physischen Einschränkungen soweit wie möglich die entsprechenden Systeme nutzen können.

¹⁵ Im Internet: <http://www.r4egov.eu/>.

Im Verlauf des Projekts sollen Prozesse der öffentlichen Verwaltung untersucht und in elektronischer Form abgebildet werden.

Am Projekt beteiligt sind 23 Partner, unter anderem die Universität Koblenz, wobei die staatlichen Beteiligten in Subprojekten mit Hilfe der beteiligten Unternehmen versuchen, die elektronische Abbildung ihrer Verwaltungsprozesse voranzutreiben. Nach einer Mitteilung des deutschen Bundesgerichtshofs (vgl. Deutscher Bundesgerichtshof, o.J.) analysiert dieser beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Firma SAP Research im Zivilverfahren ablaufende Prozesse und untersucht diese auf ihre Umsetzbarkeit in elektronische Form. Als ein konkretes Ergebnis der Kooperation von SAP Research und dem deutschen Bundesgerichtshof ist dabei beispielsweise eine elektronische Aktenverwaltung entstanden.

Die Finanzierung von R4eGov wird ebenso wie die Finanzierung von LEX-IS¹⁶ und weiterer aktueller eGovernment-Projekte über im sechsten Rahmenwerk der Technologien¹⁷ für die Informationsgesellschaft (IST¹⁸) bereitgestellte Mittel kofinanziert.

2.1.2 E-Beteiligung (eParticipation): Arbeitsprogramm 2007

Nach Europäische Kommission (Hg.) (2007b: 4) bestehen die allgemeinen Ziele des eParticipation-Arbeitsprogramms darin, anhand konkreter Fälle die Verbesserungsmöglichkeiten des Gesetzgebungsverfahrens durch IKT und die verstärkte Einbeziehung der Öffentlichkeit in den Entscheidungsprozess zu untersuchen.

Dabei werden nach ebd. ein bürgerorientierter und ein von den Entscheidungsträgern ausgehender Ansatz verfolgt, die sich dadurch auszeichnen, dass

- der bürgerorientierte Ansatz die Zielsetzung verfolgt, den Bürgern die Möglichkeit der Meinungsbildung, Diskussion und Artikulation zu aktuellen Themen zu geben und eine Teilhabemöglichkeit der Entscheidungsträger an diesen Diskussionen zu ermöglichen
- und der von den Entscheidungsträgern ausgehende Ansatz das Ziel besitzt, Bürgern und Politikern die Auswirkungen von Rechtsvorschriften verständlicher zu machen.

Im Rahmen des Arbeitsprogramms sollen Subprojekte umgesetzt werden, die sich spezifischen Teilaspekten der im Arbeitsprogramm formulierten Fragestellungen annehmen und diese fallbezogen untersuchen, wobei als ein bedeutendes Beispiel in diesem Kontext LEX-IS zu nennen ist.

¹⁶ Im Internet: <http://www.eu-participation.eu/lex-is/>.

¹⁷ Sogenanntes Sixth Framework Programm, kurz FP6. Im Internet: <http://cordis.europa.eu/fp6/whatisfp6.htm>.

¹⁸ IST = Information Society Technologies; bezeichnet sowohl technische als auch soziale Aspekte von IKT.

2.1.3 LEX-IS

Bei LEX-IS handelt es sich um ein von der Europäischen Kommission gefördertes Projekt in den Forschungsfeldern eParticipation und eDemocracy im Rahmen der eParticipation-Initiative, wobei das Projekt am 01.01.2007 gestartet worden ist und 1,5 Jahre lange finanziert werden soll.

Als Primärziel ist die Optimierung von Gesetzgebungsprozessen durch die intensivierte Einbeziehung von Bürgern anhand aktueller Methoden des IKT, vor allem in den ersten Stufen der Gesetzgebungsprozesse, festzuhalten. Ein besonderer Fokus wird auf die Einbeziehung von jungen Menschen gelegt (vgl. Europäische Kommission (Hg.), 2007c).

Neben der Anwendung von State-of-the-art-Werkzeugen zum Verwalten der komplexen Gesetzgebungsrahmenwerke sollen auch gesetzliche Ontologien und Metadatenschemata zur semantischen Annotation von gesetzlichen Entitäten, wie Gesetzen und Verordnungen, entwickelt werden, sodass im Weiteren anhand von Suchtechnologien gezielte Recherchen durchgeführt und rechtliche Fakten und Argumente visuell veranschaulicht werden können (vgl. ebd.).

Ferner soll der Entwurfs- und Diskussionsprozess im Rahmen der Gesetzgebung durch Rollen-Aktivitäts-Zuordnungsdokumente und Workflow-Management-Technologien modelliert werden und Parlamentariern die öffentliche Meinung in strukturierter, klarer und eindeutiger Form aufbereitet präsentiert werden, sodass diese über die öffentliche Meinung zu aktuell in der Entwicklung befindlichen Gesetzen und Richtlinien informiert sind und entsprechende Anpassungen zur Erhöhung der Akzeptanz der entsprechenden Gesetzesvorhaben in der Öffentlichkeit vorab vornehmen können.

2.1.4 eJustice

eJustice als eines der ersten über das sechste Rahmenwerk der Technologien finanzierten EU-Projekte, welches zwischen 2004 und 2006 durchgeführt worden ist, besitzt nach Europäische Kommission (Hg.) (2006a: 1) folgende Primärziele:

- Erforschung der Aspekte Sicherheit und Vertrauen über dem Stand der Technik
- Überzeugung von Schlüsselfiguren der Zivilgesellschaft, dass entsprechende Sicherheitstechnologien wie die Biometrie, bei Befolgung wohldefinierter Richtlinien, keine Bedrohung für die Privatsphäre der Bürger darstellen
- Überzeugung von Behörden, die Ergebnisse der Projekte in ihrem Kontext einzusetzen

Nach ebd. wurde im Hinblick auf zu untersuchende Technologien der Fokus auf

- Authentifizierung anhand multi-modaler Biometrie¹⁹,
- Integration von Workflow-Sicherheit anhand rollenbasierter Zugriffskontrolle,

¹⁹ Biometrische Systeme, die durch die Verknüpfung mehrerer Erkennungsmerkmale eine verbesserte Identifizierung ermöglichen sollen.

- sowie Darstellung gesetzlicher Prozesse gelegt.

Im Rahmen des Projektes wurde neben Erfolgen auf konzeptioneller Ebene und im Bereich Überzeugungsarbeit auch die Entwicklung von Technologien im Bereich Biometrie vorgenommen. So ist die erste Implementierung eines hochintegrierten Chips mit multibiometrischer Karte und entsprechender Umgebung in diesem Projekt entstanden (vgl. ebd.: 2). Daneben wurde nach ebd. auch ein neuer Mechanismus zur Erhöhung der Sicherheit bei workflowbasierten Prozessen durch die Integration von Workflow- und rollenbasierter Zugriffskontrolle bereitgestellt.

2.1.5 eGovernment RTD 2020

eGovernment RTD 2020 hebt sich von den oben genannten Forschungsprojekten dadurch ab, dass es einen strategischeren Fokus besitzt, da keine aktuellen Problemstellungen gelöst werden, sondern Visionen und Forschungsfelder festgestellt werden sollen, welche zur Realisierung von eGovernment in den nächsten Jahren einen vielversprechenden Beitrag zu leisten im Stande sind und damit unter Anderem in Form von konkreten Maßnahmen gefördert werden sollen (vgl. Codagnone, 2007: 3f.).

Im Einzelnen werden im Rahmen des Forschungsprojektes folgende Forschungsteilfelder näher untersucht (vgl. ebd.: 121f.):

- Vertrauen / Sicherheit im Bereich eGovernment
- Semantische und kulturelle Interoperabilität von öffentlichen Diensten
- Qualität von Information
- Nutzung des Werts von Regierungsinvestitionen in IKT
- Einbindung von Bürgern in demokratische Prozesse (eParticipation)
- Missionsorientierte Ziele und Leistungsmanagement
- Cyber-Infrastrukturen für eGovernment
- Ontologien, intelligente Informationen und Wissensmanagement
- Verwaltung von Beziehungen zwischen öffentlichem, privatem und zivilem Sektor

Im Abschlussbericht (vgl. Codagnone, 2007) erfolgt eine Detailanalyse all dieser Felder im Hinblick auf die Relevanz in der Zukunft. Zudem werden konkrete Vorschläge für die Zukunft, inklusive zugehöriger Roadmaps mit konkreten Zeitangaben gegeben.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass die oben angeführten Forschungsteilfelder eine zentrale Bedeutung für die Zielerreichung der entsprechenden EU-Richtlinien im Kontext von eGovernment besitzen (vgl. ebd.: 176). Die Zielerreichung ist jedoch nach ebd. bei fehlender allgemeiner und finanzieller Unterstützung der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung als unsicher zu bewerten, da unter Anderem eine Innovationshemmung, welche wiederum ein Stagnieren der Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft zur Folge haben kann, daraus resultieren könnte.

2.2 eGovernment auf nationaler Ebene

Auf nationaler Ebene existieren zahlreiche bedeutende Initiativen und Verordnungen in der Domäne eGovernment.

2.2.1 Deutschland-Online

Nach Mattfeld und Polster (2006: 1) handelt es sich bei Deutschland-Online um eine gemeinsame, am 26. Juni 2003 durch die Regierungschefs des Bundes und der Länder beschlossene, Initiative zur Etablierung eines integrierten, IT-gestützten Verwaltungsapparates, der seine Dienstleistungen online zur Verfügung stellt und den optimalen Einsatz moderner IKT-Mittel in der Verwaltung anstrebt.

Deutschland-Online umfasst die folgenden Themenfelder (vgl. ebd.: 1f.):

- Dienstleistungsportfolio
- Verbund der Verwaltungsportale
- Infrastrukturen
- Standards, Daten- und Prozessmodelle
- Transfer

Im Themenbereich Dienstleistungsportfolio geht es hierbei um die elektronische Zur-Verfügungstellung von Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Unternehmen (vgl. ebd.: 1).

Im Kontext von Verwaltungsportalen wird schließlich die Erhöhung der Integrationsabilität verschiedener, bestehender Verwaltungsportale durch Schaffung der dafür notwendigen Interoperabilität untersucht (vgl. ebd.).

Der Punkt Infrastrukturen behandelt hingegen den Auf- und Ausbau gemeinsamer Infrastrukturen im Kontext von eGovernment zur Erleichterung des verwaltungsinternen Datenaustausches und der Minimierung von redundanten Entwicklungsbemühungen (vgl. ebd.).

Darüber hinaus sollen durch einheitliche Standards, Daten- und Prozessmodelle leistungsfähige Kommunikations- und Transaktionsstrukturen geschaffen werden (vgl. ebd.: 1f.).

Ferner sollen neben den rein technologischen Bemühungen aber auch der Erfahrungs-, Informations- und Lösungsaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen verbessert und sich aus der Zusammenarbeit ergebende symbiotische Wissensmultiplikatoren genutzt werden (vgl. ebd.: 2).

Nach dem am 14.06.2007 freigegebenen Aktionsplan Deutschland-Online erhalten neben den Infrastruktur- und Standardisierungsaspekten folgende Projekte höchste Priorität (vgl. Deutschland-Online (Hg.), 2007: 2ff.):

- Online-Zur-Verfügungstellung von KFZ-Registrierungsprozessen
- Etablierung eines landesweiten Personenstandsregisters und Bereitstellung einer Online-Registerrückmeldung von Personenstandsurkunden

- Schaffung einer zentralen Online-Melderegisterauskunft
- Nationale IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie durch Entwicklung und Erprobung eines Modells für die grundsätzliche elektronische Umsetzung von wirtschaftsrelevanten Genehmigungsverfahren

2.2.2 BundOnline 2005

Das auf der EXPO 2000²⁰ angekündigte BundOnline 2005²¹ besitzt nach Bundesministerium des Innern (2006b: 3) die Zielsetzung, alle onlinefähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung über das Internet verfügbar zu machen. Als Abschlussdatum war hierbei Ende 2005 angekündigt.

Ein erster Schritt im Projekt war die Erfassung des kompletten Dienstleistungsportfolios der Bundesverwaltung. Im Anschluss daran fand eine Bewertung aller im ersten Schritt ermittelten Dienstleistungen auf ihre Internettauglichkeit statt. Von initial 383 Dienstleistungen wurden schließlich 376 als internettauglich identifiziert. Bis Ende August 2005 wurde schließlich die Umsetzung der ermittelten Dienstleistungen abgeschlossen (vgl. ebd.). Portfolioanpassungen wurden in jährlichen Umsetzungsplänen definiert, da der Umsetzungsprozess kontinuierlich vorangetrieben worden ist, sodass bis Ende 2005 bereits 440 Dienstleistungen der Bundesverwaltung in elektronischer Form angeboten werden konnten (vgl. ebd.: 6), wobei zu berücksichtigen ist, dass es sich bei den einzelnen Angeboten überwiegend²² um rein informative Dienste, oftmals in Form statischer Inhalte, handelt.

Als Beispiele für in finanzieller Hinsicht besonders erfolgreiche Dienstleistungen in elektronischer Form (vgl. ebd.: 19) können

- das Online-Vertriebssystem für Geobasisdaten des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie mit einer jährlichen Ersparnis von 4 Millionen Euro,
- sowie die Anwendung ATLAS der Bundeszollverwaltung zur Ermöglichung elektronischer Zollanmeldungen und Abgabenbescheide mit einer jährlichen Ersparnis von 107 Millionen Euro genannt werden.

Neben Kostenersparniseffekten und einer Steigerung von Einnahmen konnten im Rahmen dieses ressortübergreifenden Projekts unter Anderem auch folgende Synergieeffekte im Bereich des Bundes genutzt werden (vgl. ebd.: 29):

- Etablierung zentraler, arbeitsteiliger, vernetzter IT-Infrastrukturen und Dienstleistungsangebote
- Modernisierung der IT des Bundes
- Entwicklung wieder verwendbarer Basiskomponenten²³

²⁰ Die Weltausstellung EXPO 2000 fand vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 2000 in Hannover statt.

²¹ Im Internet: <http://www.kbst.bund.de/Content/Egov/Initiativen/Bol/bol.html>.

²² Nach Bundesministerium des Innern (2006b: 8) sind 239 der 440 umgesetzten Dienstleistungen der Wertschöpfungsstufe Information zuzuordnen.

²³ Eine Basiskomponente stellt eine wiederverwendbare Softwarekomponente dar, die anderen Produkten mit durch die Basiskomponente abgedeckten Bereichen standardmäßig stets vorzuziehen ist. Als Beispiele sind der Government Site Builder oder die implementierte Zahlungsverkehrsplattform zu nennen (ebd.: 30).

Zur Unterstützung der Initiative BundOnline 2005 wurden zudem das SAGA-Konzept und das sogenannte E-Government-Handbuch²⁴ erstellt.

2.2.3 E-Government 2.0

Bei E-Government 2.0 (vgl. Bundesministerium des Innern (Hg.), 2006a) handelt es sich um eine bedeutende Initiative, die einen Beitrag zur europäischen Initiative i2010 darstellt und auf den Erfahrungen mit den Programmen BundOnline2005 und Deutschland-Online basiert.

Durch die Bundesregierung wurden dabei vier verschiedene Handlungsfelder in der Domäne eGovernment definiert, die bis zum Jahr 2010 gestaltet werden sollen, um den Verwaltungsmodernisierungsprozess weiter zu forcieren (vgl. ebd.: 10):

- Qualitäts- und quantitäs- sowie bedarfsorientierter Ausbau des staatlichen Dienste-Portfolios durch beständigen Dialog mit Anwendern und iterativer Produktverbesserung und Angebotserweiterung²⁵
- Verbesserung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung durch gemeinsame Prozessketten in Form einer pilothaften, elektronischen Abbildung von Geschäftsprozessen, die eine Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft ausdrücken²⁶
- Erarbeitung von E-Identity-Konzepten sowie Introduktion eines elektronischen Personalausweises unter Berücksichtigung der Erreichung einer standardisierten Lösung für die komplette Verwaltung zur Ermöglichung von rechtsverbindlichen Transaktionen²⁷
- Sichere Kommunikationsinfrastruktur für alle beteiligten Kommunikationspartner (Staat, Bürger, Unternehmen)²⁸; unter Anderem auch über geschützte (Bürger-)Portale

2.2.4 SAGA

Besonders die Entwicklung der mittlerweile in Version 3 vorliegenden SAGA-Spezifikation (Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen) ist im Rahmen der BundOnline 2005-Initiative hervorzuheben.

SAGA verfolgt nach Bundesministerium des Innern (Hg.) (2006c: 12) folgende Ziele:

- Forcierung von Interoperabilität und damit die Erreichung medienbruchfreier Informationsflüsse zwischen dem Bund und seinen Kommunikationspartnern

²⁴ Im Internet: <http://www.bsi.bund.de/fachthem/egov/6.htm>.

²⁵ Wichtige Verfahren, z.B. im Meldewesen, werden zunehmend vereinfacht und behördenübergreifend elektronisch unterstützt. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hg.) (2006a: 11).

²⁶ Ein Beispiel hierfür sind Statistikmeldungen im Rahmen der gesetzlichen Meldepflichten von Unternehmen, die elektronisch durchgeführt werden können. Vgl. Bundesministeriums des Innern (Hg.) (2006a: 13).

²⁷ In Deutschland erfüllen gegenwärtig nur sogenannte qualifizierte elektronische Signaturen gemäß §2, Nr. 3 des Signaturgesetzes die in §126a BGB definierte, die gesetzliche Schriftform ersetzbare Form. Der nicht-staatliche Zahlungsverkehr verzichtet zumeist auf solche Anforderungen, indem er eigene Vertragsbedingungen definiert.

²⁸ Exemplarisch können hier staatlich zertifizierte Bürgerportale genannt werden.

- Definition von Prozess- und Datenmodellen als Vorlage für ähnliche Aufgabenstellungen zur Erreichung von Wiederverwendbarkeit
- Förderung der Benutzung offener Standards in Applikationen
- Kosten- und Risikominimierung durch Beachtung zukunftsweisender und standardisierter Technologien
- Sicherstellung der Nutzbarkeit von Anwendungen im Hinblick auf den Aspekt Skalierbarkeit²⁹

Konkret wird durch SAGA ein Architekturmodell beschrieben, welches eine gemeinsame Wahrnehmung aktueller IT-Technologien sowie IT- und eGovernmentstrukturen schaffen, aktuelle Technologien untersuchen und nach Relevanz bewerten, sowie die Umsetzung von eGovernment-Projekten anhand einheitlicher Standards bewirken soll (vgl. ebd.: 31). Das Architekturmodell selbst wird durch RM-ODP³⁰ beschrieben, wodurch eine vereinfachte Betrachtung der Gesamtarchitektur aus verschiedenen Sichtweisen möglich wird.

Mit SAGA wird zudem die Wahl von Produkten und Produktversionen dahingehend beeinflusst, dass primär nur Produkte beschafft werden sollen, die zur im SAGA-Dokument spezifizierten Architektur kompatibel sind. Man spricht hierbei von der sogenannten SAGA-Konformität.

2.2.5 DOMEA

Nach dem Bundesministerium des Innern (Hg.) (2005: 16) besteht ein wesentliches Ziel des DOMEA³¹-Konzepts darin, die elektronische Vorgangsbearbeitung und damit die elektronische Akte einzuführen. Diese fungiert damit als Bindeglied zwischen behördeninternen Prozessen und über das Internet angebotenen Diensten.

Im Detail müssen Schriftstücke laut ebd. auch in elektronischer Form den Aspekten

- Vollständigkeit,
- Integrität
- Authentizität,
- Nachvollziehbarkeit
- Rechtmäßigkeit
- sowie Verknüpfbarkeit zusammengehöriger Dokumente genügen.

Im Kontext dieser Thematik spielen auch die Punkte Elektronische Signatur, virtuelle Poststelle sowie Archivierung eine immer wichtigere Rolle (vgl. ebd.: 25 / ebd.: 50).

2.3 eGovernment auf regionaler Ebene

Nach dem ehemaligen Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, ist der rasche Aufbau von leistungsfähigen eGovernment-Strukturen in der staatlichen und kommunalen Verwaltung im Freistaat Bayern eines der zentralen Zukunftsprojekte

²⁹ Verhalten von Systemen bei zunehmenden Eingabedaten, z.B. Anzahl HTTP-Requests an einen Webserver.

³⁰ Reference Model of Open Distributed Processing; vgl. ISO/IEC (Hg.) (1996).

³¹ DOMEA = Konzept für Dokumenten-Management und elektronische Archivierung.

der Bayerischen Staatsregierung (vgl. Bayerische Staatskanzlei (Hg.), 2002: 2), weshalb eine Vielzahl von eGovernment-Projekten initiiert worden ist.

Bereits 1994 wurde durch die Bayerische Staatsregierung das Fundament für eGovernment in Form der BayernOnline-Initiative gelegt (vgl. Bayerische Staatskanzlei (Hg.), o.J.), woraus erste konkrete eGovernment-Projekte entstanden sind, wie beispielsweise das in Kooperation mit Siemens Business Services GmbH & Co. KG realisierte SolumSTAR³², welches eine Online-Einsicht in alle bayerischen Grundbücher sämtlicher Amtsgerichte für Kreditinstitute, Notare und Behörden zur Verfügung stellt.

2.3.1 eGovernment-Konzept

Um die Entwicklung von eGovernment beim Freistaat Bayern voranzutreiben wurde nach ebd. im Juli 2002 ein eGovernment-Konzept (vgl. Bayerische Staatskanzlei (Hg.), 2002) und 2003 ein Maßnahmenkatalog für eGovernment in Bayern publiziert. Abgerundet wird das eGovernment-Konzept durch den sogenannten eGovernment-Pakt (vgl. Freistaat Bayern (Hg.), 2002), welcher die Intention besitzt, alle unterzeichnenden Partner³³ dazu zu verpflichten mit einer gemeinsamen eGovernment-Initiative die internen und externen Verwaltungsvorgänge möglichst rasch elektronisch abzubilden.

Konkret werden im eGovernment-Konzept zwei zentrale Handlungsfelder genannt (vgl. Bayerische Staatskanzlei (Hg.), 2002: 6):

- Schaffung eines erleichterten Zugangs zur Verwaltung für Bürger und Wirtschaft durch Online-Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen
- Vereinheitlichung der elektronischen Binnenstruktur zur Optimierung von Informations- und Kommunikationsflüssen sowie Festlegung technischer Lösungen für wiederkehrende ähnliche Problemstellungen³⁴

Des Weiteren werden im eGovernment-Konzept die Schaffung der für eGovernment-Kommunikation erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen (vgl. ebd.: 15) sowie die Unterstützung der qualifizierten elektronischen Signatur durch die elektronischen Verwaltungsverfahren forciert, um die Rechtswirksamkeit des elektronischen Rechtsverkehrs zu ermöglichen (vgl. ebd.: 16f.)

Als Beispiele für bereits umgesetzte und zudem erfolgreiche Verwaltungsleistungen für Bürger und Wirtschaft im Rahmen des eGovernment-Konzepts des Freistaates Bayern können BayernInfo³⁵ sowie die elektronische Einkommenssteuererklärung (ELSTER)³⁶, die in Bayern entwickelt worden ist, aber nun deutschlandweit ihren Einsatz findet, genannt werden.

³² Im Internet: <https://grundbuch.justizregister.bayern.de/> (Zugriff nur für berechtigte Personen).

³³ Partner sind der Freistaat Bayern, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Landkreistag sowie der Verband der bayerischen Bezirke.

³⁴ Sogenannte Basiskomponenten; vgl. Bayerische Staatskanzlei (Hg.) (2002: 11f.).

³⁵ Stellt unter Anderem einen Reiseauskunftsdienst und einen Verkehrslageüberblick für Bayern zur Verfügung. Im Internet: <http://www.bayerninfo.de/>.

³⁶ Im Internet: <https://www.elsteronline.de>.

2.3.2 Verwaltung 21

Bei Verwaltung 21 handelt es sich nach dem ehemaligen Ministerpräsidenten, Dr. Edmund Stoiber, um eine Reform zur Modernisierung der Strukturen der bayerischen Verwaltung. Das Ziel ist dabei die Schaffung einer straffen und dienstleistungsorientierten Verwaltung und Justiz mit geringer Regulierungsdichte. Zudem soll über Deregulierung eine Reduzierung der Bürokratie, eine Erhöhung des Services sowie eine Entlastung der Bürger sowie der Wirtschaft erzielt werden (vgl. Stoiber, 2003).

Neben rein organisatorischen und strukturellen Änderungen in der Verwaltung soll nach Huber (2005) auch ein Ausbau der eGovernment-Aktivitäten vorgenommen werden (vgl. ebd.: 19). Besonders der Ausbau des bestehenden eGovernment-Angebots zu einem zentralen Portal für Bürger und Unternehmen ist hervorzuheben.

2.3.3 Weitere relevante Projekte

Als ein weiteres bedeutendes Projekte auf regionaler Ebene ist unter Anderem E-Procurement festzuhalten, das eine Implementierung des gleichnamigen Forschungsfeldes in Form einer Software und eines zugehörigen Prozesses beschreibt und als Anwendungsgebiet im Endausbau sämtlichen Behörden des Freistaates Bayern bereitgestellt werden soll.

Nach dem Bayerischen Landesamt für Steuern (Hg.) (2007) handelt es sich bei eProcurement um ein elektronisches Beschaffungs- und Vergabeverwaltungssystem für den Erwerb von Produkten und Diensten nach der VOL/A³⁷ für alle Dienststellen des Freistaates Bayern.

Als konkrete Zielsetzungen werden dabei

- die Optimierung von Arbeitsabläufen,
- die Erhöhung der Verfahrenssicherheit, besonders bei Berücksichtigung des komplexen Vergaberechts,
- die Bündelung von Aufträgen zur Nutzung von Marktmachtvorteilen,
- die Überprüfung des Beschafferstellen-Aufbaus,
- sowie die Etablierung zentraler Stellen zur Vergabe in den betroffenen Ressorts genannt.

Daneben sind als bereits erfolgreich umgesetzte Projekte im Umfeld eGovernment

- der Onlineantrag Elterngeld³⁸,
- sowie der bayerische Behördenwegweiser³⁹ zu nennen.

³⁷ VOL/A = Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) – Teil A (Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen); Im Internet: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Gesetz/verdingungsordnung-fuer-leistungen-vol-a,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>.

³⁸ Im Internet: <https://www.elterngeld.bayern.de/elterngeld/onlineantrag/default.aspx>.

³⁹ Im Internet: <http://www.behoerdenwegweiser.bayern.de/>.

3 Implementierung von eInclusion

3.1 eInclusion auf europäischer Ebene

Auf europäischer Ebene existieren aufgrund der Prägung des Begriffes eInclusion innerhalb der Europäischen Union verschiedene politische Anstrengungen. Als Beispiel hierfür sind der eEurope 2005 Aktionsplan (vgl. Europäische Kommission, 2002) und die Initiative „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“ (vgl. Europäische Kommission, 2005) zu nennen.

Aufgrund der Vielzahl politischer Anstrengungen und dem deklarierten Umfang dieser Arbeit, sowie der Zielsetzung einen Mehrwert mit dieser Arbeit darzubringen, erfolgt eine Einschränkung der Betrachtung im Hinblick auf die vom Umfang und Wirken bedeutendsten Initiativen.

3.1.1 eEurope 2002 Aktionsplan

Die Zielsetzung des eEurope 2002 Aktionsplans, der im Rahmen der im Dezember 1999 gestarteten Initiative eEurope⁴⁰ entwickelt worden ist, besteht darin, dass die in der Lissabonner EU-Ratsversammlung vom 23./24.3.2000 fixierten Ziele durch Definition der erforderlichen Maßnahmen erreicht werden (vgl. Europäische Kommission (Hg.) / europäischer Rat (Hg.), 2000: 1). Der eEurope 2002 Aktionsplan dient damit als Basis für die Durchführung konkreter eInclusion-Bemühungen.

Als Ziele (vgl. ebd.: 2) wurden

- billigeres, schnelleres und sicheres Internet,
- Investitionen in Menschen und Fertigkeiten,
- sowie die Förderung der Nutzung des Internet genannt.

Besonders der zweite Punkt zielt auf eInclusion-Themen ab, da hierunter die Integration von Europas Jugend in das Digitalzeitalter fällt und zudem in diesem Themenfeld die Arbeiten und die Teilnahme in der wissensgestützten Wirtschaft diskutiert und gefördert werden sollen (vgl. ebd.: 2).

Der Aktionsplan legt dabei genau fest, welche Herausforderung vorliegt und welche Aktionen von welchem Akteur bis zu welchem Zeitpunkt vorgenommen werden sollen. Im Überblick betrachtet, sollen die Ziele durch (vgl. ebd.: 2)

- eine rasche Schaffung der erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen,
- der Förderung neuer Infrastruktureinrichtungen und Dienste innerhalb Europas,
- und die Anwendung des OMC⁴¹ und Leistungsvergleichs⁴² erreicht werden.

Erreicht wurden bisher unter Anderem die Verdoppelung der Zahl privater Internetanschlüsse, der Anschluss nahezu aller Schulen und Universitäten an das Internet, die Schaffung des weltweit schnellsten Forschungsnetzes, sowie die

⁴⁰ Vgl. Europäische Kommission (Hg.) (1999).

⁴¹ Open Method of Coordination; EU-Mitgliedsstaaten-übergreifendes Regieren auf Basis freiwillig umzusetzender Empfehlungen und Richtlinien ohne Sanktionen für die Länder bei Unterlassung; vgl. Pochet (2005).

⁴² Sogenanntes Benchmarking.

Etablierung eines Rechtsrahmens für den elektronischen Zahlungsverkehr (vgl. Europäische Kommission (Hg.), 2002: 7).

3.1.2 eEurope 2005 Aktionsplan

Als Nachfolger des eEurope 2002 Aktionsplans forciert der eEurope 2005 Aktionsplan nach Aussage der Europäischen Kommission (vgl. ebd.: 2) die Förderung sicherer Dienste, Applikationen und Inhalte auf Basis der im eEurope 2002 verfolgten Ausweitung der Verfügbarkeit der Breitbandinfrastruktur, sodass die Vision der Teilnahmemöglichkeit aller Bürger an der globalen Informationsgesellschaft weiterentwickelt werden kann. Es geht also um die zur Schaffung einer integrativen Informationsgesellschaft nötige Nutzung der durch eEurope 2002 bereitgestellten Infrastrukturentwicklungen.

Konkret soll Europa bis 2005 moderne öffentliche Onlinedienste anbieten und ein geeignetes Umfeld für den elektronischen Zahlungsverkehr werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen (vgl. ebd.: 11ff.),

- die Verwendung von (quellcode-)offener Software voranzutreiben,
- interaktive öffentliche Dienste mit besonderer Berücksichtigung Behinderter und Älterer Menschen aufzubauen,
- öffentliche Internetzugänge für Bürger in den Gemeinden zu schaffen,
- Online-Gesundheitsdienste für die Bürger bereitzustellen,
- den elektronischen Zahlungsverkehr auszuweiten und rechtlich zu fixieren,
- sowie die Digitalisierung behindernde Schranken abzubauen.

Die Umsetzung und die Bilanz der Erfolge werden dabei von den einzelnen Mitgliedsstaaten erbracht.

3.1.3 i2010

Die Initiative i2010 soll den zunehmenden Einfluss von IKT auf die Gesellschaft berücksichtigen und sicherstellen, dass IKT allen Bürgern zugute kommt, zu besseren, kostengünstigeren und leichter zugänglichen öffentlichen Diensten beiträgt und die Lebensqualität verbessern hilft (vgl. Europäische Kommission (Hg.), 2005: 11).

Im Rahmen von i2010 werden im Kontext von eInclusion drei Primärziele formuliert.

„Ziel 1: Ein europäischer Informationsraum mit erschwinglichen, sicheren und schnellen Breitbandverbindungen, reichhaltigen und vielseitigen Inhalten und digitalen Diensten“ (ebd.: 5)

Ziel 2: Weltweite Spitzenleistung in der IKT-Forschung und Entwicklung durch das Aufschließen zur internationalen Konkurrenz Europas. (ebd.: 9)

Ziel 3: Eine Informationsgesellschaft, die alle Menschen einbezieht, hochwertige öffentliche Dienste bietet und zur Anhebung der Lebensqualität beiträgt. (ebd.: 11)

Als Ergebnisse (vgl. ebd.: 13) sind im Kontext von eInclusion

- strategische Leitlinien für eine Verbesserung der digitalen Zugänglichkeit und Breitbandversorgung,
- die Planung einer europäischen Initiative für digitale Integration, mit der Fragen wie Chancengleichheit, IKT-Kompetenzen und regionale Unterschiede geklärt werden,
- die Vorantreibung IKT-gestützter öffentlicher Dienste,
- sowie IKT-Vorreiterinitiativen zu Bedürfnissen der alternden Gesellschaft, sicherem und intelligenterem Verkehr und kultureller Vielfalt durch interessantere und zugänglichere digitale Bibliotheken⁴³ geplant.

3.1.4 eInclusion@EU

Ein nicht zu unterschätzendes Problem, welches sich aufgrund der EU-Erweiterung zunehmend verschärft, ist das Fehlen einer gemeinsamen politischen Strategie (vgl. Europäische Kommission (Hg.), 2007a: 1).

Genau dieser Problematik nimmt sich das von der empirica GmbH⁴⁴ koordinierte Forschungsprojekt eInclusion@EU an, welches aufgrund seiner zentralen Bedeutung näher betrachtet werden soll. Folgende Ziele werden dabei mit eInclusion@EU verfolgt (vgl. ebd.):

- Kollation und Analyse gesetzgebungsrelevanter Informationen
- Festlegung und Vorantreiben eines Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen den verschiedenen Interessensvertretern und Akteuren im eInclusion-Umfeld
- Erstellung evidenzbasierter, politischer Leitfäden anhand von Workshops, um die Schaffung von zukünftigen EU-Richtlinien im Hinblick auf eInclusion-Schlüsselthemen anzuregen

Resultierend aus der Komplexität und Weitläufigkeit des Themenkomplexes eInclusion wurden bei eInclusion@EU drei Schwerpunkte gesetzt (vgl. ebd.: 28):

- Die eAccessibility-Komponente in eInclusion und damit das Bestreben, Onlineinhalte sowie Telekommunikations- und Rundfunkdienste für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen
- eInclusion im Hinblick auf den Einsatz von IST um es älteren Menschen und Personen, die ältere Familienmitglieder pflegen, zu ermöglichen, weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachzugehen
- eInclusion in Bezug auf Onlinedienste, wie eGovernment, eLearning, eCommerce und eHealth

eAccessibility-Probleme treten grundsätzlich auf, wenn die Benutzung von IKT-Produkten Nutzungs- bzw. Zugriffprobleme bei Menschen mit Seh-, Hör-, Sprach- oder Mobilitätsbeeinträchtigungen sowie kognitiven Beeinträchtigungen oder altersbezogenen Veränderungen in den kognitiven Prozessen nach sich zieht (vgl. ebd.: 28f.).

⁴³ Vgl. Europäische Kommission (Hg.) (2006b): i2010: Digital Libraries.

Office for Official Publications of the European Communities: Luxemburg.

⁴⁴ Gesellschaft für Kommunikations- und Technologieforschung mbH; im Internet: <http://www.empirica.de>.

Prinzipiell kann nach den vorliegenden Ergebnissen der größte Teil aller eAccessibility-Barrieren durch assistive Technologien oder Produkte, die von Grund auf barrierefrei entwickelt worden sind abgebaut werden. Jedoch sind die in Europa erhältlichen Schlüsseltechnologien und Dienste, beispielsweise Webseiten, gegenwärtig noch immer nicht barrierefrei realisiert (vgl. ebd.: 29).

Um eine Detailbetrachtung zu erlauben, wurde eine Fokussierung auf die Themen eAccessibility im öffentlichen Auftragswesen und eAccessibility im Rahmen einer Gesetzgebung mit Ausrichtung auf den Gleichbehandlungsgedanken (vgl. ebd.: 31) vorgenommen. Als Ergebnisse sind Vorschläge

- zum Einsatz der Open Method of Coordination (vgl. Pochet, 2005),
- der Entwicklung einer europäischen Beschaffungssoftware zur einfacheren Berücksichtigung barrierefreier Produkte
- die Einrichtung eines Forums zur Stärkung des Bewusstseins für eInclusion sowie für den Wissensaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten und Interessensverbänden festzuhalten (vgl. Europäische Kommission (Hg.), 2007a: 37f.).

Das zweite Subthemengebiet handelt von dem Einsatz von IST zur flexibleren und verträglicheren Gestaltung des Arbeitslebens älterer Menschen oder pflegender Familienangehöriger. Dazu wurde im Oktober 2005 ein Expertenworkshop durchgeführt, wo festgestellt worden ist, dass IKT und menschliches Altern zwar für sich viel diskutierte Themen sind, aber die Kombination dieser zwei Themen bisher kaum erfolgt ist. Als Gegenmaßnahmen (vgl. ebd.: 61ff.) werden unter anderem

- eine Kampagne über die Potentiale von IKT in Bezug auf aktives Altern in einer Beschäftigung und gegen Vorurteile im Hinblick auf die Fähigkeiten älterer Menschen,
- die Ausarbeitung von Konzepten für effektiveres lebenslanges Lernen,
- die Information älterer Arbeitskräfte über die Möglichkeiten von IKT für sie,
- der Aufbau einer EU-weit harmonisierten Wissensdatenbank über IKT-Nutzung und IKT-Fertigkeiten älter Menschen,
- sowie die Unterstützung der Schaffung alterungskompatibler Arbeitsplätze und Rahmenbedingungen angeregt.

Im dritten Bereich, eInclusion in Bezug auf Onlinedienste, wurde eine Schwerpunktsetzung auf die Teilbereiche eInclusion-Forschung und gesetzgebende Tätigkeiten im Hinblick auf Onlinedienste und Überwachung der Fortschritte im Bereich eInclusion gelegt (vgl. ebd.: 77). Ein zentrales Ergebnis ist hierbei die Feststellung, dass von den meisten Mitgliedsstaaten zwar IKT-Nutzungsumfragen- und Analysen vorgenommen werden, aber eine zielgerichtete Auswertung der Daten im Hinblick auf die IKT-Nutzung durch verschiedene Bevölkerungsgruppen im Sinne von eInclusion beinahe gänzlich fehlt. Auch fehlt es an quantitativen Methoden um die Verfügbarkeit barrierefreier Lösungen zu bewerten (vgl. ebd.: 80). Als Maßnahmen gegen die vorliegenden Probleme sind primär die Bekämpfung von Risiken der digitalen Ausgrenzung und die optimale Ausnutzung von Online-Möglichkeiten zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts zu nennen (vgl. ebd.: 88).

Im Einzelnen sind hier nach ebd., 89ff. vor allem

- die Sicherstellung der Finanzierbarkeit des Heimzugriffs auf Onlinedienste für jedermann,

- eine kohärente Umsetzung von Web-Barrierefreiheitsrichtlinien in der EU,
- eine Erhaltung des Zugriffs auf Dienste des öffentlichen Interesses,
- die Intensivierung der gegenwärtigen Benchmarking- und Überwachungsbemühen um besser abgestimmte Formulierungen und Umsetzungen von eInclusion-Richtlinien zu ermöglichen,
- sowie die bessere Nutzung von Spitzentechnologien um Service-Innovationen im sozialen Bereich zu gestatten, anzuführen.

3.2 eInclusion auf nationaler Ebene

Aufgrund der Sachlage, dass die Europäische Union zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit bereits aus 27 europäischen Staaten besteht, würde eine Analyse der Projekte und Gesetze auf nationaler Ebene bei sämtlichen Mitgliedsstaaten den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen.

Aus diesem Grund soll nun eine Übersichtsbetrachtung der in Deutschland geschaffenen Gesetze und Verordnungen in der Domäne eInclusion vorgenommen werden.

3.2.1 Bundesbehindertengleichstellungsgesetz (BGG)

Im Besonderen ist das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz (BGG) zu nennen. Zielsetzung ist die Verhinderung von Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des sozialen Lebens und die Ermöglichung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft, sowie der selbstbestimmten Lebensführung (§ 1 BGG).

Das Gesetz schließt explizit die barrierefreie Kommunikation für blinde und schwerhörige Menschen mit der öffentlichen Verwaltung mit ein (§ 11 BGG). Zudem liegen Bestimmungen zur Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken nach § 10 BGG vor.

3.2.2 BITV (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung)

Barrierefreiheit im Kontext von ITK wurde darüber hinaus in eine bundesstaatliche Verordnung ausgelagert, die sogenannte BITV. Diese Verordnung gilt für alle öffentlich zugänglichen Internet- und Intranetangebote von Bundesbehörden und der Bundesverwaltung. Ausgenommen sind damit Internet- und Intranetangebote der einzelnen Bundesländer, da hier bundeslandspezifische Umsetzungen des BITV Anwendung finden.

Die BITV, ebenso wie ihre regionalen Implementierungen, basiert auf den Zugangsrichtlinien für Webinhalte (WCAG 1.0)⁴⁵ der WAI⁴⁶, weshalb auch die Prioritätenunterteilung übernommen worden ist, wenngleich bei BITV lediglich 2

⁴⁵ Web Content Accessibility Guidelines 1.0; im Internet: <http://www.w3.org/TR/WAI-WEBCONTENT/>.

⁴⁶ Web Accessibility Initiative; Initiative innerhalb des W3C, die sich mit barrierefreiem Internetzugang für möglichst viele Menschen beschäftigt. Mehr Informationen im Internet: <http://www.w3c.de>.

Prioritäten existieren, da bereits bei Erfüllung der ersten BITV-Priorität die zweite WCAG 1.0-Konformitätsstufe AA erreicht werden soll.

Sämtliche Anforderungen an eine Webpräsenz werden im Rahmen dieser Verordnung, unter Berücksichtigung der Zuordnung zu den definierten Prioritäten, aufgelistet. Die Beschreibung der Anforderungen fällt dabei größtenteils technisch aus, was die konkrete Anwendung dieser Richtlinien durch die entsprechenden Entwickler erheblich erleichtert und zur Erstellung sogenannter Checklisten⁴⁷ geführt hat.

3.3 *eInclusion auf regionaler Ebene*

Auf regionaler Ebene existieren analog zur nationalen Ebene verschiedene kleinere Projekte und Verordnungen. Wie weiter oben soll auch hier eine Beschränkung auf einen Überblick über die wichtigsten politischen Aktivitäten in diesem Umfeld, konkret im Bundesland Bayern, erfolgen.

3.3.1 Umsetzung von Bundesgesetzen und Bundesverordnungen

Zunächst ist anzuführen, dass ein Großteil der Bundesgesetze mit leichten Modifikationen einfach als Landesgesetze übernommen wird. So ist es, wie weiter oben bereits erläutert beim BGG und beim BITV geschehen, welche ihre bayerische Entsprechung im BayBGG und im BayBITV finden.

Teilweise ist jedoch eine Tendenz festzustellen, dass länderspezifische Implementierungen von Bundesgesetzen strikter als die Vorgaben sind. So gilt nach §1 der BITV, dass die Verordnung unter Anderem nur für Intranetauftritte und Intranetangebote gilt, die öffentlich zugänglich sind. In der bayerischen Version, dem BayBITV fehlt jedoch der Zusatz der öffentlichen Zugänglichkeit, sodass hier unabhängig vom Anwendungszweck stets die nach BayBITV definierten Grundsätze und Vorgaben anzuwenden sind.

3.3.2 BayLern

Ein weiteres ambitioniertes Projekt stellt BayLern⁴⁸ dar. Dieses Projekt verfolgt die Zielsetzung für sämtliche Bediensteten des Freistaates Bayern Lern- und Fortbildungsangebote online bereitzustellen.

Dabei kann abhängig vom jeweiligen Kurs das komplette Spektrum multimedialer Funktionalität genutzt werden. Dieses System wird am Landesamt für Finanzen in einer Pilotierung unter Anderem bereits dazu benutzt, Mitarbeiter im Sinne eInclusion-orientierter Themen zu schulen. Ein Beispiel hierfür ist ein Kurs über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)⁴⁹.

⁴⁷ Vgl. BITV, Anlage zu den §§ 3 und 4 Abs. 1.

⁴⁸ Im Internet: <http://www.baylern.de/>.

⁴⁹ Im Internet: <http://www.gesetze-im-internet.de/agg/BJNR189710006.html>.

4 Zusammenfassung

Wie im Rahmen dieser Arbeit dargestellt worden ist, existieren sowohl auf europäischer, nationaler als auch regionaler Ebene verschiedene Initiativen und konkrete Projekte zu den Themengebieten eGovernment und eInclusion.

Im Bereich eGovernment wurden Initiativen mit technologischem Fokus wie SAGA und fachlichem Fokus, z.B. eGovernment RTD 2020, vorgestellt. Dabei reicht das Spektrum von der Festlegung von Zielen über konkrete Implementierungsprojekte bis hin zu Studien über zukünftig relevante Forschungsgebiete.

Im Bereich eInclusion liegt auf europäischer Ebene im Gegensatz zur nationalen und regionalen Ebene eine Vielzahl von Initiativen vor. Auf nationaler und regionaler Ebene ist im Gegensatz zur Aktivität im Bereich eGovernment nur relativ wenig selbstständige Aktivität zu verzeichnen, da existierende Realisierungen zumeist Umsetzungen europäischer Aktivitäten sind. Durch Anstrengungen wie eInclusion@EU wird jedoch versucht durch strukturiertes und mit den Mitgliedsstaaten abgestimmtes Vorgehen eine Struktur in zukünftige Bemühungen im Bereich eInclusion zu bringen und damit Redundanzen zu mindern sowie die rasche Entwicklung im Bereich eInclusion zu forcieren.

Zum Aspekt Zielgruppenorientierung der entsprechenden gesetzlichen Vorgehen ist anzuführen, dass diese zumeist nicht rein auf den Aspekt des Alters eines menschlichen Individuums abzielen, sondern sich auf behinderte Menschen bzw. aus anderen Gründen benachteiligte Menschen beziehen, wenngleich Ausprägungen mit Schwerpunkt "Aktives Altern" existieren. Als Beispiele für altersbezogene Aktivitäten sind unter Anderem eInclusion@EU mit dem Einsatz von IST zur flexibleren und verträglicheren Gestaltung des Arbeitslebens älterer Menschen oder pflegender Familienangehöriger und LEX-IS zu nennen, welches sich die Einbeziehung vor allem junger Menschen in die frühen Phasen der legislativen Prozesse zum Ziel gesetzt hat.

Literaturverzeichnis

Bayerisches Landesamt für Steuern (Hg.) (2007). eProcurement – Projektbeschreibung. Im

Internet: <http://www.lfst.bayern.de/default.asp?url=eprocurement/projekt.htm>

(Abruf: 01.02.2008).

Bayerische Staatskanzlei (Hg.) (2002). eGovernment in Bayern: Unsere Pläne. Unsere Ziele. Wolnzach: Druckhaus Kastner GmbH.

Bayerische Staatskanzlei (Hg.) (o.J.). Informationen zur eGovernment-Initiative der Bayerischen Staatsregierung. Im Internet:

<http://www.bayern.de/Wirtschaftsstandort/IuK/eGovernment/informationen.html>

(Abruf: 09.11.2007).

Bundesministerium des Innern (Hg.) (2005). DOMEA Organisationskonzept 2.1:

Dokumentenmanagement und elektronische Archivierung im IT-gestützten Geschäftsgang. In: Bundesministerium des Innern (Hg.) (2005). KBSt-Schriftenreihe. Band 61. Im Internet:

http://www.kbst.bund.de/cln_028/nn_838516/SharedDocs/Anlagen-kbst/Domea/domea-organisationskonzeptes-2-1.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/domea-organisationskonzeptes-2-1.pdf (Abruf: 09.11.2007).

Bundesministerium des Innern (Hg.) (2006a). E-Government 2.0 – Das Programm des Bundes. Dresden: Druckfabrik Dresden GmbH.

Bundesministerium des Innern (Hg.) (2006b). BundOnline 2005: Abschlussbericht – Status und Ausblick. Im Internet: <http://www.ap-verlag.de/Download-Dateien/mit%205-6%202006/Bund%20Online%20-%20Abschlussbericht.pdf> (Abruf: 09.11.2007).

Bundesministerium des Innern (Hg.) (2006c). SAGA Version 3.0: Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen. Im Internet:

http://www.kbst.bund.de/cln_012/nn_836802/SharedDocs/Anlagen-kbst/Saga/saga_3_0.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/saga_3_0.pdf

(Abruf: 08.11.2007).

Codagnone, Cristino, Maria A. Wimmer (2007). Roadmapping eGovernment Research:

Visions and Measures towards Innovative Governments in 2020. Clusone: MY Print snc di Guerinoni Marco & C.

Deutscher Bundesgerichtshof (Hg.) (o.J.). R4eGov („Research for eGovernment“). Im Internet: http://www.bundesgerichtshof.de/presse/elek_rechtsverkehr/r4egov.php (Abruf: 11.11.2007).

Deutschland-Online (Hg.) (2007). Aktionsplan Deutschland-Online vom 14.06.2007. Im Internet: http://www.deutschland-online.de/DOL_Internet/binarywriterservlet?imgUid=3d71060b-9a89-5311-4fbf-1b1ac0c2f214&uBasVariant=22222222-2222-2222-222222222222 (Abruf: 01.02.2008).

Europäische Kommission (Hg.) (1999). eEurope. Eine Informationsgesellschaft für alle - Mitteilung über eine Initiative der Kommission für den Europäischen Sondergipfel von Lissabon am 23./24. März 2000. Brüssel. KOM(1999)687 endgültig.

Europäische Kommission (Hg.), europäischer Rat (Hg.) (2000). eEurope 2002 – Eine Informationsgesellschaft für alle: Aktionsplan. Brüssel. Im Internet: http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/2002/action_plan/pdf/actionplan_en.pdf (Abruf: 03.11.2007).

Europäische Kommission (Hg.) (2002). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: eEurope 2005 – Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan zur Vorlage im Hinblick auf den Europäischen Rat von Sevilla am 21./22. Juni 2002. KOM(2002) 263 endgültig. Im Internet: http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/2002/news_library/documents/eeurope2005/eeurope2005_de.pdf (Abruf: 03.11.2007).

Europäische Kommission (Hg.) (2005). Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. i2010 - Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung. Brüssel. KOM(2005)229 endgültig.

Europäische Kommission (Hg.) (2006a). eJustice IST-2002-001567: Project Objectives and Key Results. Im Internet: <http://www.ejustice.eu.com/Documents/eJusticeWrapUp.pdf> (Abruf: 07.11.2007).

Europäische Kommission (Hg.) (2006b). i2010: Digital Libraries. Office for Official Publications of the European Communities: Luxemburg. Im Internet: http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/doc/brochures/dl_brochure_2006.pdf (Abruf: 06.11.2007).

- Europäische Kommission (Hg.) (2007a). eInclusion@EU - Strengthening eInclusion and eAccessibility across Europe: Final Project Report. Im Internet: http://www.einclusion-eu.org/files/D6_3_final.pdf (Abruf: 29.10.2007).
- Europäische Kommission (Hg.) (2007b). E-Beteiligung (eParticipation) - Arbeitsprogramm E-Beteiligung 2007: E-Beteiligung in Rechtsetzungs- und Entscheidungsprozessen. Im Internet: http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/policy/eparticipation/call_2007/docs/eparticipation_de_wp.pdf (Abruf: 06.11.2007).
- Europäische Kommission (Hg.) (2007c). Projects funded under the 2006 eParticipation Workprogramme: LEX-IS (Enabling Participation of the Youth in the Public Debate of Legislation among Parliaments, Citizens and Businesses in the European Union). Im Internet: http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment_research/eparticipation/lexis/index_en.htm (Abruf: 11.11.2007).
- Freistaat Bayern (Hg.) (2002). eGovernment-Pakt. Im Internet: http://www.bayern.de/imperia/md/content/stk/egovernment/egovernment_pakt_15_07_2002.pdf (Abruf: 07.11.2007).
- Gisler, Michael (Hg.), Dieter Spahni (Hg.) (2001). eGovernment. Eine Standortbestimmung. Bern: Haupt.
- Huber, Erwin (2005). Verwaltung 21 – Reform für ein modernes Bayern: Regierungserklärung des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform. Im Internet: http://www.bayern.de/imperia/md/content/stk/verwaltung21/v21regerkl_04032005_1_20.pdf (Abruf: 17.11.2007).
- ISO, IEC (Hg.) (1996). Information technology – Open Distributed Processing – Reference Model: Architecture. ISO/IEC 10746-3. Im Internet: [http://standards.iso.org/ittf/PubliclyAvailableStandards/s020697_ISO_IEC_10746-3_1996\(E\).zip](http://standards.iso.org/ittf/PubliclyAvailableStandards/s020697_ISO_IEC_10746-3_1996(E).zip) (Abruf: 11.11.2007).
- Mattfeld, Antje, Julian Polster (2006). Rechtsgutachten zu kartell- und vergaberechtlichen Fragen bei der Umsetzung verschiedener Geschäftsmodelle im Rahmen der Initiative "Deutschland-Online". Im Internet: http://www.kbst.bund.de/cln_012/nn_832262/SharedDocs/Anlagen-kbst/rechtsgutachten,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/rechtsgutachten.pdf (Abruf: 01.02.2008).

- Ministerkonferenz "IKT für eine integrative Gesellschaft" (Hg.) (2006). Deklaration von Riga. Riga. Im Internet: http://ec.europa.eu/information_society/events/ict_riga_2006/doc/declaration_riga.pdf (Abruf: 01.11.2007).
- Pochet, Philippe (2005). The Open Method of Co-ordination and the Construction of Social Europe. In: Zeitlin, Jonathan, Phillippe Pochet: The Open Method of Co-ordination in Action. The European Employment and Social Inclusion Strategies. Brüssel: Peter Lang.
- Reinermann, Heinrich, Jörn von Lucke (2000). Electronic Government in Deutschland: Ziele - Stand - Barrieren - Beispiele – Umsetzung. Speyer: DHV Speyer. Im Internet: <http://www.foev-speyer.de/ruvii/Sp-EGov.pdf> (Abruf: 11.11.2007).
- Schedler, Kuno (2000). eGovernment und neue Servicequalität der Verwaltung? In: Gisler, Michael (Hg.), Dieter Spahni (Hg.). eGovernment. Eine Standortbestimmung. Bern: Haupt. S. 33–51.
- Stoiber, Edmund (2003). Perspektiven für Bayern schaffen, Sparen - reformieren – investieren: Regierungserklärung vom 6. November 2003. Im Internet: http://www.bayern.de/Presse-Info/Regierungserklaerungen/RegErklaerung_031106.html (Abruf: 09.11.2007).
- Wimmer, Maria A. (2006). Beitrag der Verwaltungsinformatik zur Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien der Verwaltungen. Vortrag auf der Fachtagung Verwaltungsinformatik 2006 in Brühl. Ohne Manuskript. Im Internet: http://www.uni-koblenz.de/~fvi/ftvi/dateien/Wimmer_Beitrag_der_Verwaltungsinformatik_FTVI2006.pdf (Abruf 10.11.2007).